



Die Regierung nahm Anfang Jahr den Bericht der **Arbeitsgruppe leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe** in Liechtenstein zur Kenntnis. Die LGU wurde in dieser Arbeitsgruppe durch die Geschäftsführerin vertreten. Sie sprach sich für eine klare Zweckbindung der Einnahmen im Sinne einer nachhaltigen Verkehrspolitik aus. Der Staatsvertrag mit der Schweiz zur Einführung der

LSVA wurde im Jahr 2000 unterzeichnet und das notwendige nationale Recht dazu im selben Jahr vom Landtag verabschiedet. Zu den Diskussionen im Landtag nahm die LGU zu Händen aller Landtagsabgeordneten Stellung und motivierte auch die LGU-Mitglieder mittels eines Briefes mit entsprechender Begründung, bei der Volksabstimmung für die LSVA zu stimmen. • Seit der Gründung der "**Plattform gegen den Letzetunnel — für eine Verkehrspolitik mit Zukunft**" im Mai 1996 arbeitet die LGU intensiv in diesem Gremium mit. Bis heute fanden bereits 48 Haupttreffen statt, 11 davon im Jahr 2000. Die Plattform befasst sich mit der aktuellen Situation um den Letzetunnel, ist in dauerndem Kontakt mit politischen VertreterInnen und leistet Informationsarbeit in der Bevölkerung. Sie gab dieses Jahr einen dritten Folder zur Verbindung des Letzetunnels mit der geplanten Umfahrung im Liechtensteiner Unterland heraus. Spezielle Themen waren der LKW-Parkplatz beim Zollamt Schaanwald/Tisis, die Resolution und die Erklärung von Mauren und Frastanz, die trilaterale Studie, die LSVA und der autofreie Tag im September. • Mitglieder der Plattform nahmen zudem an öffentlichen Diskussions- und Informationsveranstaltungen zum Letzetunnel und zur S 18 teil. • An diesem Tag, dem **Europäischen "Car free day"**, beteiligten sich die Plattform und die LGU an einer Aktion, die auf den Pendlerverkehr zwischen Vorarlberg